

Der Gemeindearbeiter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands
:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis.
Durch die Post bezogen vierteljährl. 1.50 Mk.

... Fernsprecher N 8538. ...
Redaktionschluss Montags
Mittags vor Erscheinen d. Blattes.

Anzeigenpreis für die viergespaltene Petit-
zeile 20 Pfg. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pfg.

No. 10

Cöln, den 19. Mai 1917.

V. Jahrgang.

Kriegsziele, Neuorientierung und die christlich-nationale Arbeiterschaft.

In Essen, dem Mittelpunkt des größten Industriegebietes Deutschlands, fanden sich am 6. Mai die Vertreter der dem deutschen Arbeiterkongress angeschlossenen Verbände zusammen, um ihre Stellung zu den gegenwärtigen, vielumstrittenen Fragen der Kriegsziele und der Neuorientierung der inneren Politik zu bekunden. Nach einleitenden Worten des Kollegen Behrens, der unserer vor dem Feinde stehenden Brüder gedachte, behandelte Kollege Stegerwald in eingehender Weise die betreffenden Fragen.

Er würdigte zunächst die während des Krieges von Deutschland hervorgebrachten Leistungen. Wenn nicht alles trügt, befinden wir uns jetzt im Schlußabschnitt des Krieges. Große Opfer sind von uns aufzubringen gewesen. Wenn wir vor die Frage gestellt werden, wie denken wir uns den Frieden, so wissen wir, daß Frankreich und England Deutschland zerstückelt und erniedrigt hätten. An einer Niedertrampfung unserer Feinde haben wir kein Interesse, aber wir fordern reale Garantien, daß wir nicht noch einmal überfallen werden können. Wichtiger noch als Land-erwerb und große Kriegsenttäuschung sind Sicherungen auf weltwirtschaftlichem Gebiete. Die wirtschaftspolitische Seite ist für die Arbeiterschaft die wichtigste. Mit dem amerikanischen Dollar werden jetzt die Völker des Zehnbundes zusammenhalten. Wir waren lange gegen den uneingeschränkten U-Bootkrieg, nachdem er begonnen, muß er rückwärtslos durchgeführt werden.

Wir sind gegen extreme Forderungen von Annexionisten, sind aber auch gegen die Forderungen der Sozialdemokratie, die wir für schädlich für die Arbeiterschaft halten. Wir sind eher für einen Machts-, als für einen Verständigungsfrieden. Eine internationale Verständigung wird nie Wirklichkeit werden. Eine Verständigungsfriede würde niemals von Dauer sein. Redner wandte sich dann gegen die „überspannten Kriegswüteriche“ und die Kritiker des Kanzlers, von denen keiner bisher gezeigt habe, daß er es besser zu tun vermöge. Zu der Entwicklung unserer innerpolitischen Verhältnisse meinte Redner, daß dort nicht angeknüpft werden könne, wo im August 1914 der Faden abgebrochen sei. Mit lebhafter Freude habe die christlich-nationale Arbeiterschaft die Osterbotschaft des Kaisers aufgenommen. Die Arbeiterschaft wünsche mehr als bisher an der Erledigung der staatlichen

und kommunalen Aufgaben beteiligt zu werden. Daß sich die jetzigen Verhältnisse bildeten, sei wesentlich Schuld der Sozialdemokratie. Die Gesamtpolitik hat sich zu orientieren nach dem Wohl des Staates, nicht nach den Wünschen der Parteien. Erst das Vaterland, dann die Partei. Wir wollen keine einseitige Klassenwirtschaft. Die breiten Massen aber müssen mitraten und mittaten können. Wir lassen uns nicht blenden von dem Schlagwort der Demokratie. Auch das parlamentarische Regiment im Sinne der Westmächte lehnen wir ab. Wir wollen eine starke Monarchie, die durch breite Volksfreise getragen wird, wir wollen ein intaktes Beamtenheer, ein Volksheer, ein gutes Wahlrecht. Wir sind gegen ein Ständewahlrecht. Wir sind für die Einführung des allgemeinen, gleichen direkten Wahlrechts für Preußen, für Einführung der Verhältniswahl, für die Beibehaltung der Ersten Kammer, für die Vertretung aller Stände in dieser Kammer. Wir wollen, daß alle Schichten ihrer Bedeutung gemäß zum staatlichen Verantwortlichkeitsgefühl herangezogen werden. Eine Verständigungsbrücke zwischen Staat und Arbeiterschaft müßte geschlagen werden.

Die christlich-nationale Arbeiterschaft werde mit aller Kraft bestrebt sein dieses Ziel zu erreichen. Sollte ihr auf diesem Wege die Sozialdemokratie Schwierigkeiten bereiten, so werde letztere die gesamte christlich-nationale Arbeiterschaft auf dem Tamme finden.

Dann ging Redner auf das Verhältnis der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zur Sozialdemokratie über und bemerkte u. a.: Wo es sich darum handelt, wirkliche Vorteile im Interesse der Arbeiterschaft zu erzielen, werden wir mit der Sozialdemokratie zusammen gehen können. Von einem Hinübergleiten der christlich-nationalen Arbeiterschaft in das sozialdemokratische Lager kann keine Rede sein, ebenso wenig von einer Verschmelzung der verschiedenen Gewerkschaftsgruppen.

Wir stehen anders zu den Kriegszielen als die Sozialdemokratie. Wir verwerfen die Formel: Keine Annexionen, keine Entschädigung. Wir lehnen auch den Gedanken einer internationalen Verständigung als unerreichbar ab. Dagegen stehen wir auf dem Boden einer starken Monarchie. Wir lehnen das Frauenstimmrecht ab, da wir der Frau eine andere Stellung im Staatsleben zumessen, als die Sozialdemokratie. Wir sind auch, soweit es im Interesse der Allgemeinheit liegt für staatlichen Zwang im Wirtschaftsleben und für Reichsmonopole. Die Kanzler erstürzelei machen wir nicht mit. Redner schloß

mit kräftigen Mahnworten unbedrossen und unablässig zu arbeiten und durchzukämpfen bis zum Sieg.

In folgender Entschliebung kommt der Wille und die Meinung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zum Ausdruck:

„Der Ausdruck des deutschen Arbeiterkongresses sendet unseren tapferen Streitkräften herzlichsten Gruß und innigen Dank für die von ihnen im Interesse unseres Vaterlandes erkämpften unvergleichlichen Erfolge.

Gleich anderen Volksgenossen haben die christlich-nationalen Arbeiter und Angestellten ihr Treueverhältnis zu Kaiser und Volk auf den Schlachtfeldern mit ihrem Blute besiegt und in der Heimat durch williges Ausstehen im Arbeits- und Opferleben bekräftigt. Dieser furchtbare Krieg ist von neidischen und rachsüchtigen Feinden Deutschlands gewollt und planmäßig organisiert worden. Das aufstrebende Deutsche Reich sollte seiner militärischen, politischen und wirtschaftlichen Kraft beraubt und in seiner Zukunftsentwicklung unterbunden werden. Diese ruchlosen Pläne sind dank der kühnsten Widerstandskräfte unserer Streitkräfte und der Rückenstärkung in der Heimat zu Schanden geworden. Gleichwohl haben wir den hochherzigen Entschluß des Kaisers, Friedensverhandlungen anzuregen, mit ungeteilter Freude begrüßt. Unsere Feinde haben die dargebotene Friedenshand rücksichtslos abgewiesen. Sie wollen unsere Vernichtung.

Das deutsche Volk führt einen Verteidigungskrieg. Es setzt draußen und daheim seine ganze Kraft ein für des Reichs Dasein und des Volkes Zukunft. Wir christlich-nationalen Arbeiter und Angestellten sind in dem Wunsche nach Frieden mit dem gesamten deutschen Volke einig.

Unbeeinträchtigt durch die Haltung derjenigen, die durch Vorzug eines Friedens „ohne Annerkennung und Kriegsschadigungen“, als auch jener, die durch Stellung unerreichbarer Forderungen den Krieg unnütz verlängern, wollen wir einen Frieden, der uns reale Garantien dafür bietet, daß uns künftig ein ähnliches Blutvergießen erspart bleibt, einen Frieden, der die weitere wirtschaftliche und soziale Entwicklung Deutschlands fördert. Die Arbeitnehmerschichten Deutschlands würden durch einen ungünstigen und daher unverständigen Frieden, der Deutschland ungeheure wirtschaftliche Lasten und Hemmnisse auferlegen würde, in ihrer sozialen Lage und Entwicklung auf Jahrzehnte geschädigt. Arbeitslosigkeit, Lohn- und Lebensdruck wie dauernd verteuerte Lebenshaltung wären die unausweichlichen Folgen. Bezüglich der Befanntschaft unserer Kriegs- und Friedensziele billigen wir die Haltung der Reichsregierung.

Mit Bewunderung begrüßen wir die Bemühungen der Staatsregierung zur Herstellung einer lebendigeren Fühlungnahme mit den großen Volksorganisationen und ihren Vertretern. Die Bande des Vertrauens, die so zwischen Regierung und Arbeiter- und Angestelltenorganisationen geknüpft worden sind, haben bereits vaterländisch wertvolle Ergebnisse in gemeinschaftlicher Arbeit gezeigt. Als verbindungsrollen Ausdruck dieser Politik des Vertrauens ist die kaiserliche Oberpostkammer in den breiten Massen des Volkes aufgenommen und gemürdigt worden. Nicht nur wegen der erzielten Ankündigung einer einschneidenden Umgestaltung des Wahlrechts für den preussischen Landtag, sondern um der kaiserlichen Anerkennung der Volkseinstimmungen willen, die sie enthält. Wir erlösen darin die feierlich gegebenen Bürgschaften der Krone für die Einlösung der Zusagen, die der verantwortliche Kanzler des deutschen Reiches ausgesprochen; härtere Heranziehung des Volkes zur Mitarbeit an den Staatsaufgaben. Neben dem Ausbau und der Sicherung der Volksrechte ersehen wir in einer starken Monarchie, in einem von ihrem Vertrauen berufenen pflichttreuen Staatsbeamtenamt nach wie vor die besten Grundlagen staatlicher Ordnung und die vertrauenswürdigste Bürgschaft für eine stetige und gedeihliche Entwicklung des öffentlichen Lebens.

Wir stehen in den Entscheidungskämpfen. In ungeheurem Ausmaß, ausgestattet mit den Erzeugnissen der Kriegsindustrie der Welt, hürmt der Feind gegen unsere westliche Front. Unseren heldenmütigen Kämpfern durch überlegene Rüstung siegreichen Widerstand zu ermöglichen, ist heilige Pflicht der deutschen Arbeiterschaft. Die christlich-rationale Arbeiterbewegung erneuert und bekräftigt daher die ernste und eindringliche Mahnung: Haltet euch in der Arbeit! Tragt willig die unvermeidlichen Opfer und Entbehrungen bis zu einem guten Frieden.“

Mit dieser Entschliebung des Ausschusses des deutschen Arbeiterkongresses, die einmütig von der Vertreterversammlung gutgeheißen wurde, hat unsere Bewegung über die derzeitigen großen Lebensfragen ein Verständnis bekundet, das Beachtung verdient und von weiten Volksteilen geteilt wird. In Sachen der Befanntschaft der Kriegsziele billigt die christlich-nationale Arbeiterbewegung die Haltung

der Regierung. Damit rückt die Bewegung kräftig von jenen Gruppen ab, die in unserer tiefsten Zeit nichts Besseres zu tun wissen, als den Reichskanzler anzugreifen, und die Einigkeit im Volke dadurch in Gefahr zu bringen. Was uns aber nützt in diesem furchtbaren Augenblick, ist Arbeit, Einigkeit und Stärkung des Vertrauens zur Regierung, soll das gewaltige Ringen auf dem schnellsten und besten Wege glücklich für unser Vaterland beendet werden.

Unser Verband im Jahre 1916.

I. Allgemeines.

Das gesamte deutsche Wirtschaftsleben war auch im Jahre 1916 sehr stark vom Kriege beeinflusst. Die Abschneidung Deutschlands vom Auslande, die Sperrung der Zufuhr von Rohmaterial und Lebensmitteln, in Verbindung mit der auch im Jahre 1916 notwendig gewordenen weiteren Einziehung von Arbeitskräften hat geradezu das Wirtschaftsleben in vollständig andere Bahnen gelenkt. Die Aufgaben der Gemeinden erfuhren durch die Kriegsnotwendigkeiten eine teilweise sehr starke Umwälzung. Die Hoch- und Tiefbaubetriebe wurden fast vollständig stillgelegt und beschränkten sich auf die Erledigung der notwendigsten Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten. Gas- und Elektrizitätswerke haben durchweg ihre Produktion wesentlich eingeschränkt, veranlaßt einerseits durch den Mangel an Kohlen und Arbeitskräften und andererseits durch die geringe Nachfrage nach ihren Erzeugnissen. Behördliche Maßnahmen, wie Verkürzung der Verkaufszeit für die Ladengeschäfte, früherer Schluß der Wirtschaften, Einschränkung der öffentlichen Straßenbeleuchtung usw. sollten den Bedarf nach Gas- und elektrischer Kraft, nach Möglichkeit einschränken, um elementare Kraft und Arbeitskräfte für die Rüstungsindustrie frei zu bekommen. Der Erreichung eines baldigen, für Deutschland günstigen Friedens mußte sich eben alles unterordnen. Die Straßenbahnen schränkten ihren Betrieb ein, verkürzten die Verkehrszeiten, ebenfalls aus den oben angeführten Gründen. Eine weitere Einschränkung wäre ohne Zweifel möglich. — Tatsächlich wird heute die Straßenbahn noch von sehr vielen Personen benutzt, die nur spazieren fahren, oder aus Bequemlichkeitsgründen die Bahn benutzen. Da aber eine Kontrolle hierüber unmöglich ist, muß dieser Umstand hingenommen werden. Finanziell haben die Straßenbahnen durchweg genau so gut abgeschnitten wie in Friedenszeiten, trotz der Einschränkungen des Verkehrs. Die Vergrößerung des Wagenabstandes, die Verminderung der Verkehrsgelegenheiten, werden aufgewogen durch die stärkere Besetzung der einzelnen Wagen und der größeren Benutzung der Beiwagen. Die Betriebsmittel werden dadurch rationeller ausgenutzt, das Lohnkonto für den Fahrdienst vermindert. Eine Reihe von Bahnen weisen trotz der Einschränkungen noch eine erhebliche Steigerung der Einnahmen auf.

Das finanzielle Ergebnis der städtischen Werke läßt sich im allgemeinen sehr schwer beurteilen. Hier werden durchweg schlechtere Resultate, wie in Friedenszeiten zu verzeichnen sein. Die erhebliche Verteuerung der Rohstoffe, Maschinen, Geräte, Kohlen usw. wirkt recht ungünstig auf diese Betriebe ein.

Die städtische Arbeiterschaft hat durchweg im vergangenen Jahre sehr schwer unter den Kriegszuständen gelitten. Von der Teuerung der Lebensmittel wurden sie voll betroffen, für die die gewährten Teuerungszulagen keinen ausreichenden Ausgleich geschaffen haben. Bei Beschaffung der notwendigen Lebensmittel waren sie in der Regel auf die behördlich angewiesenen Rationen angewiesen. Auf dem Wege des Schleichhandels, auf den sich verschiedene Schichten der Bevölkerung noch im vergangenen Jahre eine verhältnis-

mäßig üppige Ernährung verschaffen konnten, einen Zusatz zu sichern, scheiterte an dem zu diesen Zwecken unzulänglichen Einkommen. Den Stadtverwaltungen, als eine Behörde, der die Verteilung der Lebensmittel übertragen ist, war es auch nicht möglich, ihren Arbeitern bestimmte Zulagen an Lebensmitteln zu angemessenen Preisen zu überweisen. Ein privater Arbeitgeber konnte im vergangenen Jahre noch unter der Hand Lebensmittel aufkaufen und sie der allgemeinen Verteilung entziehen, um sie den eigenen Arbeitern zuzuführen. Eine Stadtverwaltung dagegen, die mit verantwortlich für eine gerechte gleichmäßige Verteilung ist, kann auf diesem Wege nicht folgen, ohne den Widerspruch der Bürgerschaft und die schärfsten Gegenmaßnahmen der Reichsstellen herauszufordern. Dadurch wird allerdings die Tatsache, daß eine Reihe gleichartiger Privatarbeiter in der Ernährung besser gestellt waren, wie die städtischen Angestellten und Arbeiter nicht aus der Welt geschafft. Mit dem weiteren Ausbau unserer Verteilungsmaßnahmen wird diese Ungleichheit in diesem Jahre aber verschwinden.

Sozial ungünstig wirkte auch die erhebliche Verteuerung der Kleidung, Schuhwaren und sonstiger Bedarfsartikel. Dieser Umstand wirkte um so ungünstiger, da die Mehrzahl der Kollegen in den beiden vorhergehenden Kriegsjahren, wo die Preise noch niedriger, nicht in der Lage waren, sich einen gewissen Vorrat einzudecken, und nunmehr der Not gehorchend, die notwendigsten Anschaffungen zu hohen Preisen machen mußten. In gewissen Bedarfsartikeln läßt sich bekanntlich ein, oder zwei Jahre lang sparen, aber mit dem Resultat, daß dann das Bedürfnis um so stärker hervortritt.

Auf der anderen Seite dagegen war es nicht möglich, der Teuerung entsprechend das Einkommen zu steigern. Die Stadtverwaltungen und auch die privaten Straßenbahnen sind im Laufe der letzten zehn Jahre immer mehr davon abgekommen, den Lohn lediglich nach dem Angebot und der Nachfrage der Arbeitskraft zu bemessen, und führten an dessen Stelle die Lohn tafeln und Lohnordnungen ein. Tatsächlich bedeutet diese Regelung, von Ausnahmen abgesehen, eine soziale Besserstellung der betreffenden Arbeiter. Sie werden unabhängiger von den jeweiligen Konjunkturschwankungen und haben stets ein festes Einkommen. Dagegen befinden sie sich im Nachteil, wenn die private Lohnkurve plötzlich wesentlich in die Höhe steigt, was während der Kriegszeit, infolge Mangel an geeigneten Arbeitskräften der Fall ist.

Diese Tatsache bei dem Bestreben die wirtschaftliche Lage der städtischen Angestellten und Arbeiter zu heben, außer acht zu lassen, wäre eben so falsch, als hierauf einzig und allein die Forderungen nach Lohnerhöhungen zu begründen. Letzteres könnte uns nach dem Kriege doch recht unangenehme Erfahrungen bringen. Die Gewerkschaft mußte daher versuchen Gegenwart und Zukunft genügend Rechnung zu tragen. Ebenso wenig wie sie ohne Rücksicht auf die Teuerung und den gegenwärtigen Wert der Arbeitskraft auf dem freien Arbeitsmarkte das starre Festhalten am bisherigen Lohnsystem mitmachen konnte, eben so sehr mußte sie es auch ablehnen, die Bestrebungen zu unterstützen, die ohne Rücksicht auf die Zukunft nur den augenblicklichen Vorteil suchten. Wenn Berliner Arbeiter, nur um ein krasses Beispiel anzuführen, mit einem Stundenlohn von 2,10 Mk. freifen, weil sie 2,15 Mk. die Stunde verdienen wollen, so ist dieses ein Vorgehen, welches nicht im Interesse der Arbeiterschaft liegt. (Fortsetzung folgt.)

Aus unseren Berufen.

Erhöhung der Teuerungszulagen in Bamberg. Durch Beschluß der Städtischen Kollegien wurden die bisherigen Teuerungszulagen, mit rückwirkender Kraft bis zum 1. Januar 1917, wie folgt erhöht: Es erhalten nunmehr Ledige 9 Mk. Verheiratete 15 Mk. und für jedes Kind 5 Mk. pro Monat.

Ein weiterer Erfolg in Zwickau. In Verfolg unserer Eingaben wurde uns vom Rat der Kreisstadt Zwickau folgendes mitgeteilt:

„Auf Vorschlag der zuständigen Ausschüsse hat der Gesamtrat neuerdings beschlossen, die kürzlich für die städtischen Arbeiter bewilligten Teuerungszulagen mit Wirkung vom 1. März d. J. weiterhin dergestalt zu erhöhen, daß von diesem Zeitpunkt ab die verheirateten Arbeiter und Arbeiterinnen und solche mit eigenem Hausstande gemäß dem Beschlusse des Stadtverordnetenkollegiums vom 28. Februar 1917 statt bisher 4 Pfg. Stundenlohnzulage für die Stunde 5 Pfg. Teuerungszulage bekommen. Die erhöhten Beträge gelangen nächstens zur Auszahlung.“

„Auf Ihre Anfrage vom 27. vor. Monats teilen wir Ihnen mit, daß die Sache wegen der Vornahme von Neuwahlen oder Ersatzwahlen zu den Arbeiterausschüssen zur Zeit noch schwebt.“

Der Rat der Stadt Zwickau.
(gez.) Herrmanns.

Rundschau.

Auszeichnungen: Mit der Verleihung des Eisernen Kreuzes wurden ausgezeichnet die Kollegen Leo Heim, Mitglied der Ortsgruppe Mannheim, Straßenbahner, und Raphael Becker, Mitglied der Ortsgruppe Nachen.

Unseren herzlichsten Glückwunsch. Möge ihnen eine glückliche Heimkehr beschieden sein.

Aus den Ortsgruppen.

Münden. Unsere Ortsgruppe hielt am Sonntag, den 6. Mar, im „Kreuzbräu“ ihre ordentliche Generalversammlung ab. Nach Eröffnung derselben durch den Vorsitzenden Stadler erstattete Bezirksleiter Weigler als Geschäftsführer der Ortsgruppe einen eingehenden Geschäfts- und Rechenschaftsbericht. Die Versammlungstätigkeit war eine beschränkte. Es fanden eine General- und 6 Mitglieder versammlungen, 2 Vorstandssitzungen und vier Vierteljahrsabrechnungen statt. Die Mitgliederzahl, welche am 31. Dezember 1916 320 betrug, ist auf 274 zurückgegangen. Davon sind gestorben 17, zum Heeresdienst einberufen 19, während wegen Nichtbezahlung der Beiträge 14 Mitglieder ausgeschlossen werden mußten. Die Zunahme betrug nur 4 Mitglieder, so daß eine Einbuße von 46 Mitgliedern festzustellen ist. Seit Beginn des Krieges wurden 117 Mitglieder einberufen, wovon 8 gefallen und 2 vermißt sind. Für einzelne Mitglieder wurden eine Anzahl Eingaben an den Magistrat und Dienststellen verschiedener Art gemacht. Bezüglich der Eingabe an den Magistrat, es möchten den städtischen Arbeitern Erleichterungen für die Zahlungsmöglichkeiten der Steuern und Nachlinien geschaffen werden, für die Aufnahme als ständige Arbeiter von solchen, die während des Krieges nur aus Hilfsweise beschäftigt, aber das Alter von 36 Jahren überschritten haben, sei noch kein greifbares Resultat erzielt worden. Bei Beratung der Erhöhung der Teuerungszulagen haben die städtischen Arbeiter eine wirksame Vertretung in den Magistratsräten Königsdauer und Käsehage, sowie bei Herrn Gem. Revollm. Märzl gefunden. Die vor 4 Wochen seitens des Stadtbauamtes erfolgte Kündigung von städtischen Arbeitern betr. Ueberweisung zum Hilfsdienste habe seinerzeit große Aufregung verursacht. Durch den von unserm Verbandsbeauftragten Mag. Rat Käsehage wurde in der geheimen Sitzung des Magistrats festgestellt, daß es sich bei diesem Vorgehen um eine eigenmächtige Handlung des stellv. Oberbauwartes Götzburger handelte, die vom Magistrat nicht gebilligt wurde. Durch Beschluß des Magistrats wurden die Kündigungen zurückgenommen und die städtischen Arbeiter in hilfsdienstpflichtigen Betrieben der Stadt, wie Straßenbau und Elektrizitätswerk, untergebracht.

Der Kassenbericht ergibt folgendes Bild: Die Einnahmen für die Hauptkasse betragen im Berichtsjahre 5461,27 M., die Ausgaben 3398,80 M., so daß an die Hauptkasse ein Betrag von 2062,47 M. abgeliefert wurde. Als Hauptausgaben der Hauptkasse kommen 1546,90 M. an Krankengelder und 1310 M. Sterbegelder für die Hinterbliebenen verstorbener Mitglieder und deren Frauen in Betracht. In keinem Jahre war die Zahl der Sterbefälle so groß wie 1916, was seinen Grund zum Teile auch in der beschränkten Lebensmittelhaltung haben dürfte. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen einschließlich eines Kassenbestandes von 987,15 M. aus dem Vorjahre in Summe 3354,05 M., die Ausgaben derselben 2815,07 M. Somit war am 1. Januar 1917 in der Lokalkasse ein Bestand von 538,98 M. vorhanden. An Unterstützungen für hilfbedürftige Mitglieder, Lebensgaben und Weihnachtsgeldunterstützung der Kriegerfrauen wurden insgesamt 528,20 M. aufgewendet. Die Rechnungsprüfer, Kollegen Kalm und Eidmätzer, bestätigen die Richtigkeit der geprüften Abrechnungen und des vorhandenen Vermögens der Ortsgruppe. Auf Antrag des Kollegen Hirschauer wurde dem Geschäftsführer Weizler, sowie der gesamten Vorstandschafft Entlastung erteilt. Die Wahl der Vorstandschafft ergab folgendes Resultat: Gewählt wurden als erster Vorsitzender Kollege Stadler, als 2. Delianu; 1. Kassierer Kolleg: Weizler, 2. Kassner; 1. Schriftführer Hirschauer, 2. Mayer Leonhard; Leisiger Knapf und Huber; Rechnungsprüfer Kalm und Klein. Als eine bedauerliche Erscheinung müsse es bezeichnet werden, daß sich Kollegen vorfinden, die erst die Kasse ausruhen und sich dann vom Beitragszahlen drücken wollen. Solche Kassenmarder verdienen die Mißachtung aller anständigen Kollegen. In der freien Aussprache kamen seitens der Kollegen Stadler, Hirschauer, Eidmätzer und Obermeier Klagen zum Ausdruck, daß einzelne Sparten der städtischen Arbeiter nicht als Schwerearbeiter berücksichtigt würden und deshalb die Brotzulage nicht erhalten. Desgleichen wurde beantragt, daß in Krankheitsfällen die Teuerungszulagen in Abzug gebracht werden.

Es wurde beschlossen, in den nächsten Tagen eine Versammlung einzuberufen, in der über diese Angelegenheit Vortrag erstattet werden soll, um seitens des Vorstandes an den maßgebenden Stellen die notwendigen Schritte unternehmen zu können. Hierauf schloß Vorsitzender Stadler die Versammlung mit dem Wunsch, die Kollegen möchten in diesem Jahre eine erhöhte Tätigkeit im Interesse des Verbandes und der Mitglieder entfalten.

Würzburg (Straßenbahnver.) Am Sonntag, den 29. Juni, fand im Gasthaus „St. Georg“ nach längerer Pause wieder eine Versammlung statt, die seitens der Kollegen gutbesucht war. Als Redner erschien unser Bezirksleiter Weizler aus München, der einen Vortrag über die Aufgaben der Organisationen in der Entscheidungsstunde des Weltkrieges hielt. Die vom Redner vortragenen Maßnahmen und Schwierigkeiten in der Ernährungsfrage, die seitens der Berliner Arbeiterschaft verdienten Löhne, und deren schädigendes Verhalten durch die politische Streikbewegung festhalten die Aufmerksamkeit der Kollegen. Zu dem im Sinne des Hilfsdienstgesetzes zu wählenden Vorstandsausschüsse wurden die Kollegen unseres Verbandes gewählt. Kollege Weizler erläuterte die Bedeutung des Weltkrieges. Nachdem seit dem Kriege ein Urlaub nicht mehr gewährt wurde (für 1916 wurden lediglich 3 Tage bezahlt) beschloß die Versammlung einstimmig, dahin Schritte zu unternehmen, daß der mit Recht zu beanspruchende Urlaub wieder gewährt wird. Nachdem Kollege Weizler die Kollegen bereits nicht mit der militärischen Einberufung zu rechnen haben, ermahnte, treu den Verpflichtungen des Verbandes nachzukommen, schloß Kollege Braun die gutbesuchte Versammlung ab. Nachzutragen ist noch, daß nun auch unser Vorsitzender, Kollege Kelm, und außer allerwähntes Aufsichtsmittglied Kollege Gmelch zum Dienste für das Vaterland einberufen wurden. Möge ihnen, wie allen unseren Würzburger Straßenbahnern eine glückliche Heimkehr beschieden sein.

Bamberg. Am Sonntag, den 29. April, hielt unsere Ortsgruppe gemeinsam mit der des sozialdemokratischen Verbandes eine in der Gastwirtschaft vor Herrn Röth gutbesuchte Versammlung ab. In erster Linie sprach der sozialdem. Gem.-Ver. Herr Steig über die Verhandlungen betr. Erhöhung der Teuerungszulagen und Kinderzulagen. Nach Überwindung verschiedener Schwierigkeiten gegenüber einigen Vertretern des Mittelstandes war es doch möglich einen einheitlichen Beschluß herbeizuführen, der die Teuerungszulagen und Kinderzulagen in folgender Weise festsetzt: Ledige 9, verheiratete Arbeiter 15 M. Teuerungszulage und für jedes Kind 5 M. monatliche Kinderzulage. Ob weitergehende Wünsche der städt. Arbeiter bei der derzeitigen Zusammensetzung der städt. Kollegen berücksichtigt würden, müsse bezweifelt werden. Als zweiter Redner hielt unser Bezirksleiter Weizler aus München einen Vortrag über: Sind die Einkommensverhältnisse der städt. Arbeiter Bambergs gegenüber den in Frage kommenden Preisen für die gesamte Lebenshaltung ausreichend? Redner gab zu, daß die nun gewährten Teuerungszulagen und Kinderzulagen eine Verbes-

serung für die städtischen Arbeiter bedeuten. In dieser Hinsicht stehe nun die Stadt Bamberg andern, gleichgroßen Städten Bayerns nahe oder darüber hinaus. Soweit es sich aber um das Gesamteinkommen der städtischen Arbeiter handle, stehe diese bedeutend kleineren Städten in Bayern sehr nach. Leider habe sich die Stadtverwaltung nicht entschließen können, die von unserem Verbands am 2. Januar 1913 vorgelegte Vorlage einer neuen Arbeitsordnung mit einer Lohnskala nach festen Tagelöhnen mit automatischer Lohnsteigerung nach Dienstjahren zu genehmigen. Die Folge davon sei, daß der größte Teil der städtischen Arbeiter mit noch recht niederen Stundenlöhnen abgefunden werden. Kollege Weizler weist nach, daß nach den Lohnzetteln von 4 Wochen ein verheirateter Arbeiter ohne Kinder in 210 regelmäßigen, und 20 Leberstunden, abzüglich der Versicherungsbeiträge einen Gesamtverdienst von 94,84 M. einschließlich der Teuerungszulage von 15 M. hatte. Damit verbleibt im Tage von dem Gesamtverdienst von 4 Wochen 3,19 M. für Mann und Frau zur Vorkostung des gesamten Lebensunterhaltes. Dieses Lohnverhältnis gestaltete sich noch ungünstiger bei der verkürzten Arbeitszeit im Winter, in der nur 9 Stunden gearbeitet und bezahlt werden. Unter den nun gegebenen Umständen müssen seitens der Verbände weitere Schritte zur Verbesserung unternommen werden; es schlägt eine tägliche Lohnerhöhung von 60 Pfg. vor. Gaukler Ehret-Nürnberg vom freien Verbands stellt fest, daß die Stadt Bamberg hinsichtlich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Bayern eine rückständige Haltung einnehme. Was in andern Städten, wie Fürth, Würzburg, Bayreuth usw. hinsichtlich der Schaffung zeitgemäßer Arbeitsbedingungen möglich war, müsse sich auch hier erreichen lassen. Redner schlägt vor, daß die Vertreter beider Organisationen nach Einreichung der heute beschlossenen Forderungen beim Herrn Oberbürgermeister Wächter persönlich vorstellig werden sollen.

Herr Obersekretär und Gem.-Bevollm. Herbst schilderte die Schwierigkeiten, die seitens der Vertreter im Rathause, soweit sie der Industrie und dem Handwerk angehören, bei Beratungen von Wünschen der Arbeiter gemacht werden. Er werde nach wie vor für die berechtigten Interessen der städt. Arbeiter eintreten und in diesem Sinne in seiner Fraktion wirken. Nach weiteren Ausführungen seitens des Herrn Gem.-Bev. Steig und Gaukler Ehret nahm Bezirksleiter Koll. Weizler das Schlußwort und stellte die Handhaben der Organisationen in Aussicht, die sich bei einem ablehnenden Verhalten seitens der städt. Kollegien notwendig erweisen würden. Dies wäre ein öffentlicher Appell an die Lanburger Einwohnerschaft und Anrufung der Kriegsamtsstelle des 2. bayr. Armeekorps. Schließlich wurde eine vom Redner vorgeschlagene, nachfolgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die heute versammelten städtischen Arbeiter Bambergs erkennen dankbar an, daß die bereits beschlossenen Erhöhungen der Teuerungszulagen und Kinderzulagen eine Verbesserung ihrer Einkommensverhältnisse bilden. Abgesehen davon, steht fest, daß die genannten Teuerungszulagen, infolge der sehr niederen Grundlöhne, noch keinen Ausgleich bilden, gegenüber der tatsächlich bestehenden Teuerung. Eine Erhöhung über den Gesamtlohn ergibt, daß Arbeiter bei einem Verdienst von 30—40 Pfg. pro Stunde in den letzten 4 Wochen nur ein durchschnittliches Tageseinkommen von 3,20 M. bis 3,40 M. einschließlich der Teuerungszulage erzielen.“

Die Versammlung hofft, daß eine weitere Verbesserung der Lohnverhältnisse für die städtischen Arbeiter Bambergs nicht an den finanziellen Verhältnissen der Stadt zum scheitern kommen wird.

Die Versammelten sind überzeugt, daß die Bürgerschaft Bambergs zu Gunsten einer Lohnerhöhung für die städtischen Arbeiter von einer kleinen Erhöhung der Gemeindevorlagen nicht zurücksprechen wird. Sie beauftragt die Verbände der freien und ärztlichen Gewerkschaften eine gemeinsame Eingabe an die städtischen Kollegien zu richten, in der eine Erhöhung von 10 Pfg. pro Tag für alle städtischen Arbeiter verlangt wird.“

Die Bayerischen Straßen und Flußbauämter dem Staatsministerium der Verkehrsanstalten unterstellt.

Die so wichtige gelöste Kanalbaufrage und Herstellung von Wasserstraßen in Bayern, Ausbau der Elektrizitätsversorgung und Ausnützung der Wasserkräfte haben eine Aufstellung der obersten Staatsbaubehörde in zwei Ministerien zur Folge gehabt. Seither war die oberste Staatsbaubehörde dem Ministerium des Innern unterstellt und eingegliedert. Am 1. Mai 1917 wurde

nun folgende Trennung dieses Organismus vollzogen, worüber die Korrespondenz Hoffmann berichtet:

Am 1. Mai ds. Jrs. wird auf Grund der K. Verordnung vom 29. April über die Formation der Ministerien der staatlichen Straßen-, Brücken- und Wasserbau vom K. Staatsministerium des Innern auf das K. Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten übergehen. Demzufolge werden von diesem Zeitpunkt an die Straßen- und Flußbauämter, das Neubauamt für die Mainfrankalisierung in Mischaffenburg, das Neubauamt für die Pegnitzregulierung in Nürnberg, dann das Personal des Straßen- und Flußbauamtes bei den Kreisregierungen der obersten Aufsicht des K. Staatsministeriums für Verkehrsangelegenheiten unterstellt werden.

Beim Staatsministerium des Innern verbleibt die Fürsorge für die Landeskultur, die Wasserkraftausnützung und die Elektrizitätsversorgung des Landes. Ihm bleiben unterstellt die Kulturbauämter, das kulturtechnische Personal bei den Kreisregierungen, die Wildbachverbauungssektionen, das hydrotechnische Bureau, die Abteilung für Wasserkraftausnützung und Elektrizitätsversorgung und die Bauleitung für das staatliche Waldenergiekraftwerk in Kochel sowie das Landesamt für Wasserversorgung.

Gleichzeitig wird von dem genannten Zeitpunkt an für die Erbauung staatlicher Schiffsahrtsstraßen bei dem K. Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten ein zentrales Amt, das „Kanalbauamt für das Königreich Bayern in München“

errichtet, dem für die örtlichen Projektierungsarbeiten eine Anzahl „Kanalbauinspektionen“ unterstellt werden. Als Sitz dieser Kanalbauinspektionen wurden zunächst bestimmt: Mischaffenburg, Kreuzwertheim, Würzburg, Kitzingen, Bamberg, Nürnberg, Roth, Treuchtlingen, Neuburg a. D., Ingolstadt, Kelheim, Regensburg, Deggendorf und Passau.

Für das Personal des staatlichen Straßen-, Brücken- und Wasserbauwesens wird das K. Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten eine gesonderte Abteilung des Verkehrsministerialblattes neben dem eisenbahn- und postdienstlichen Teil erscheinen lassen, die die Bezeichnung erhält, Verkehrsministerialblatt für das Königreich Bayern, Straßen- und wasserbaudienstlicher Teil.

Diese Neueinteilung hat also zur Folge, daß unsere Kollegen aus den Ortsgruppen der Straßen- und Flußbauämter nunmehr dem Kgl. Staatsministerium für Verkehrsanstalten unterstellt sind. Die Kollegen der beiden Wildbachverbauungssektionen haben als oberste Dienststelle nach wie vor das Ministerium des Innern zu betrachten. Die aus diesem Verwaltungszweig ausscheidenden Kollegen letzterer Staatsbehörde dürfen die Hoffnung haben, daß sie jetzt einem Ministerium unterstellt sind, in dem seit jeher ein besserer sozialer Zug für die Arbeiterschaft herrschte. Sie haben an dem Ministerium des Innern wenig verloren. Seitens der Organisation haben wir die leidige Erfahrung gemacht, daß da von oben bis zum letzten Flußmeister in Anwartsfragen wenig Verständnis vorhanden war, ja daß die Organisation verpönt und die Dienststellen wie Straßen- und Flußbauämter für die Vertreter der Organisation schwer zugänglich waren. Der soziale Geist muß angesichts der im Jahre 1913 geschaffenen Arbeitsordnung als rückständig bezeichnet werden. Die Art der Einteilung der Grundlöhne, Lohnsteigerungen nach je 20 Pf. nach 1500 Arbeitstagen in dreimaligem Turnus war keine soziale Leistung der obersten Staatsbaubehörde. Die Lage Verwaltung der Betriebskrankenkasse für die Arbeiter der obersten Staatsbaubehörde, dessen Vorstand geradezu von den Organisationen der Arbeiter gezwungen werden mußte, eine Vorstandssitzung und den Krankenausschuß einzuberufen bestätigten verschiedenes. Unsere Kollegen, die nun vom Verkehrsministerium übernommen sind, finden dort besser ausgebauten Einrichtungen auf dem Gebiete des Krankenkassen- und Versorgungsvorhältnisses vor, zumal dieselben jetzt die Möglichkeit haben, der Arbeiterpensions-

kasse der Verkehrsverwaltung angeschlossen zu werden, wie dies bei den Preussischen Flußarbeitern der Fall ist. Es wird übrigens nur noch eine Frage der Zeit sein, bis die dem Ministerium des Innern noch verbleibenden Dienstzweige wie der Wildbachverbauungssektionen, hydrotechnischen Büros, Kulturbauämter usw. ebenfalls dem Verkehrsministerium unterstellt sein werden. Unser Verband wird auch die Interessen unserer Kollegen unter ihrem neuen Ministerium zu wahren und zu fördern müssen. In dieser Hinsicht sind wir uns bewußt, ein besseres Verständnis für soziale Dinge vorzufinden, wie dies beim Ministerium des Innern der Fall war.

Literarisches.

Jedes interessierte Mitglied unseres Verbandes sollte die Monatschrift „Deutsche Arbeit“ lesen. Dieselbe unterrichtet in gründlicher, aber klarer und verständlicher Weise fortlaufend über alle die großen Fragen sozialpolitischer und wirtschaftlicher Art, welche die christlich-nationale Arbeiterschaft in irgend einer Weise berühren. Obwohl die Zeitschrift erst 1 1/2 Jahre besteht, hat sie sich schon die Beachtung und Sympathie weiterer Kreise im eigenen Lager erworben, außerdem aber auch manche Anerkennung von draußen Stehenden erzielt.

Das soeben erschienene Maiheft enthält folgende Artikel: Prof. Dr. Franke: Der Arbeiterichus in Deutschland. Dr. Karl Brusch: Reichsfinanzwirtschaft. Dr. Karl von Tschka: Die Entwicklung des Reallohnes zur Kriegszeit. Hermann Vogel-sang: Notwendigkeit eines Vorgesetzes. Heinrich Mürop: Industriearbeiter, Fortbildung und Verrechtlichungswesen.

In der Rundschau behandelt: Samuel Jäger: Leukere Politik. Franz Röhr: Rechtswesen. Peter Schlaß: Genossenschaftsbewegung. Theodor Brauer: Arbeiter- und Angestelltenbewegung. Georg Streiter: Kriegsbildungsfürsorge.

Verbandsnachrichten.

Vom 1. Quartal haben weiter abgerechnet die Ortsgruppen: Laufen, Siegen, Mannheim (G.), Mainz, Regensburg, Coblenz, Mülheim, Wiesbaden, Rosenheim, Ingolstadt und Nürnberg.

Der Zentralvorstand.
J. A.: Heinr. Gickmann.

Gedenktafel.

Gestorben sind die Kollegen:
Peter Volkemer, Pirmasenz.
Peter Wilbrid, Ludwigshafen.
Ehre ihrem Andenken!



Es starben den Heldentod unsere treue Kollegen
Cornelius Götzelmann,
Mitglied der Ortsgruppe Mannheim Straßenbahner,
gefallen am 28. 4. 17. im Westen.

Franz Herz,
Mitglied der Ortsgruppe München, gestorben am 21. 4. 17
an einer sich im Felde zugezogenen Krankheit.

August Nüße,
Vorsitzender der Ortsgruppe Paderborn,
gestorben am 19. April infolge Kopfschuß im Feldlazarett

**Wir werden ihnen ein ehrendes
Andenken bewahren.**

Kassenbericht für das Jahr 1916.

Einnahmen	M		Ausgaben	M
An Kassenbestand 1915 Hauptkasse	39996,32		per Unterstüzungen Hauptkasse	16220,11
" " 1915 Lokalkassen	6045,26	46041,58	" " Ortsgruppen	1867,08
" Aufnahmegebühren	231,70	231,70	" Verbandsorgan Redaktion	1260,42
" Beiträge	36219,30	36219,30	" " Druck	2502,00
" Lokalbeiträge Cöln (Hauptkasse)	688,30		" " Versand	293,22
" " für Ortsgruppen	6208,61	6896,91	" Sekretariate und Agitation	5549,77
" Broschüren Hauptgeschäftsstelle	21,50		" Verwaltungskosten persönliche	1940,60
" " Ortsgruppen	243,20	264,70	" Miete, Heizung, Telefon und Schreibw.	2863,86
" Zeitungsabonnement	110,24	110,24	" Verwaltungskosten in den Ortsgruppen	6289,22
" Kursgewinn	137,50	137,50	" Unkosten Lohnbewegungen	1237,65
" Zinsen	950,78	950,78	" Bildungszwecke	573,41
" Vorfuß zurück	116,11	116,11	" Porto	183,40
" sonstige Einnahmen Hauptkasse	33,40		" Versicherungsbeiträge	1549,00
" " " Ortsgruppen	562,91	596,31	" Beitrag zum Gesamtverband	562,75
			" Delegationen	101,55
			" Witwenpension	400,00
			" Agitationsvorfuß	100,00
			" sonstige Ausgaben Hauptkasse	24,93
			" " " Ortsgruppen	664,07
			" Beitrag zu den Ortskartellen	940,15
			" Broschüren, Zeitungen usw.	380,43
			Dazu Kassenbestand in der Hauptkasse	39964,66
			" " in den Ortsgruppen	6646,56
		91564,78		46011,22
				91564,78

Abchluß:

Einnahmen	45523,20 M.
Ausgaben	45553,56 "
Mehrausgabe	30,36 "
Kassenbestand 31. 12. 15.	46041,58 "
Kassenbestand 31. 12. 16.	46011,22 "

Vermögensnachweis

Kassenbestand	46011,22 M.
Reisevorschüsse	450,00 "
Büroeinrichtungen	3449,30 "
Gesamtvermögen	49910,52 "

Vorstehenden Abchluß mit der Kasse, den Büchern und Belegen in Uebereinstimmung befunden.
Cöln, den 18. Mai 1917.

Cöln, den 20. April 1917.

Die Revisoren:
(gez.) **Räderscheidt, Jakob Güll.**

Der Kassierer
(gez.) **Heinr. Gidmann.**

Unser Kassenabchluß.

Vorstehend geben wir den Mitgliedern den Kassenbericht für das Jahr 1916. Die Beiträge, das finanzielle Fundament einer jeden Organisation, gingen im Berichtsjahre von 38 359,65 M., um 2 150,35 M., auf 36 219,30 M. zurück. In Anbetracht, daß 305, meist treue Mitglieder, zum Militär eingezogen wurden, ist dieser Rückgang erklärlich. Im übrigen bewegten sich die Einnahmeposten auf der nämlichen Höhe, ohne wesentliche Abweichungen, wie im Vorjahre. Im Durchschnitt wurde von jedem Mitgliede 50 1/4 Wochenbeiträge im Betrage von 19,51 M. geleistet, gegen 46,9 Wochenbeiträge im Betrage von 18,11 M. im Vorjahre. An Lokal- und Kriegsförderbeiträgen sind geleistet pro Mitglied 3,71 M. Der durchschnittliche Wochenbeitrag einschließlich der Lokal- und sonstigen Beiträge betrug 46,2 S. Damit erreichte unser Verband einen regelmäßigen Verbandsbeitrag, der zwar nicht die Höhe der der übrigen christlichen Gewerkschaften und des freien Gemeindearbeiterverbandes erreicht, aber den gegebenen Verhältnissen entspricht, einerseits mit etwas gutem Willen auch von den gering entlohnten Kollegen und Kolleginnen geleistet werden kann und andererseits genügt, angemessene Unterstüzungen zu zahlen und die Erfüllung der Aufgaben einer gewerkschaftlicher Organisation zu ermöglichen.

Die Ausgaben sind im Verhältnis zu den Einnahmen ungefähr die nämlichen geblieben wie im Vorjahre. Der Minder-

einnahme gegenüber 1915 von 4 194,08 M. steht eine Mindergabe von 2 202,92 gegenüber. Die Ausgaben der Hauptkasse übersteigen die Einnahmen um 631,66 M. Dagegen haben die Lokalkassen einen Ueberschuß von 601,80 M. zu verzeichnen, so daß die Gesamteinnahmen hinter den Ausgaben nur um 30,36 M. zurückblieben. Der gesamte Kassenbestand ging demnach nur um diesen geringen Betrag zurück. Von den vereinnahmten Beiträgen wurden 49,9 Prozent den Mitgliedern, in Form von Unterstüzungen noch im Laufe des Jahres wieder ausgezahlt, sodas die eigentlichen Ausgaben des Verbandes mit der Hälfte der geleisteten Beiträge bestritten werden mußten. Naturgemäß ist dieser Zustand in Friedenszeiten nicht aufrecht zu erhalten, wenn nicht der Hauptzweck der gewerkschaftlichen Organisation durch das Unterstüzungswesen in Frage gestellt werden soll. Außergewöhnliche Umstände rechtfertigen aber außergewöhnliche Maßnahmen. Aus diesem Grunde hat die Verbandsleitung davon abgesehen, ebenso wie alle übrigen christlichen und freien Gewerkschaften, die Unterstüzungssätze herabzusetzen. Öffentlich wird aber das Ende des Krieges hier von selbst eine Minderung herbeiführen, um die Einnahmen mit den Ausgaben in richtigen Einklang zu bringen, wie es von dem Kriege der Fall war. Wenn es trotzdem gelungen ist, dem Verbands eine gesunde finanzielle Grundlage zu erhalten, so ist dieses ein Zeichen für die Treue unserer Mitglieder und der Lebenskraft des Verbandes, der schon in seinem zweiten Lebensjahre vom Krieg getroffen, trotzdem sich durchsetzen wird.